

Krabbenfischer wenden sich wegen Bußgeldforderungen aus Holland an Rechtsbeistand – Arbeitsplätze gefährdet

Den drei deutschen Erzeugergemeinschaften der Krabbenfischer droht das finanzielle Aus, wenn die Bußgeld-Forderungen des niederländischen Kartellamtes bestehen bleiben. Auf dem Spiel steht auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen.

„Die Gründung und Zusammenlegung von Erzeugergemeinschaften der Krabbenfischer ist politisch gewollt und wirtschaftlich vernünftig“, betont Peter Breckling, Leiter des Fachbereichs Fischerei bei der Landwirtschaftskammer Weser-Ems. Jetzt seien die Fischer unverschuldet in eine brenzlige Lage geraten. „Bevor die Holländer das geforderte Geld von uns Fischern bekommen, werden wir noch so manchen Aufstand proben und ein Gerichtsverfahren durchziehen“, kündigte Sander an. (Quelle NZ)

Fahrplanwechsel unterschiedlich vollzogen

Mit dem Fahrplanwechsel am 15. Dezember 2002 wurde das Bahnangebot in der Verkehrsregion-Nahverkehr Ems-Jade (VEJ) erheblich aufgewertet. So werden auf allen drei Fernverkehrsverbindungen der Region - von Norddeich-Mole nach Rhein/Ruhr, von Amsterdam über Rheine nach Berlin sowie von Norddeich über Hannover nach Berlin/Leipzig - ab dem Datum InterCity-Züge verkehren. Dabei wird das gesamte bisherige Fahrplanprogramm der InterRegio ohne Einschränkung in InterCity-Angebote umgewandelt. Auf der für den touristischen Fernreiseverkehr wichtigen Nord-Süd-Strecke von Norddeich über Rhein/Ruhr nach Luxemburg verkehren ab dem 15. Dezember 2002 im 2-Stunden-Takt täglich InterCitys. Walter Theuerkauf, Vorsitzender der Verkehrsregion Ems-Jade sagte, das Bahnangebot in Ostfriesland sei mit dem Fahrplanwechsel so gut wie niemals zu vor. Er erinnerte daran, dass der Region nichts geschenkt worden sei. Man habe alle Verbesserungen in zähen Verhandlungen erstritten.

Auch wird die Einführung des „Integralen Taktfahrplans“ ITF in Schleswig-Holstein grundsätzlich begrüßt, aber es gibt erheblich Kritik an den Besteller der Verkehre über verlängerte Fahrzeiten, unzureichende Anbindung der Kreisstadt Husum an die Regionalbahnen, zuwenig Halte an den für den Berufsverkehr wichtigen Bahnhöfen Klanxbüll und Langehorn und die nun nicht mehr zu nutzenden Fahrscheine der Regionalverkehre in den Fernverkehrszügen. Auch werden im Winterhalbjahr nur noch zwei IC-Verbindungen zu Urlaubsinsel Sylt angeboten. Mittlerweile formiert sich allerdings politischer Widerstand und fordert Nachbesserungen. (Quelle ON/eig. Text)

Zucht von Austern im Dänischen Wattenmeer

Im Herbst 2002 verlängerte die Fischereibehörde die einzige Genehmigung für Zucht von Austern im Dänischen Wattenmeer bis Juli 2007. Das Gebiet liegt im Lister Dyb - südlich der Insel Rømø und umfasst ungefähr 25 ha. Die Genehmigung beruht auf einige Bedingungen - unter anderem darf nur die Art „Ostra Edulis“ gezüchtet werden. (Quelle JF)

Neues BGS-Patrouillenschiff in Cuxhaven stationiert / Minister Schily äußert sich zur „Küstenwache“

Bundesinnenminister Otto Schily hat kürzlich das neue Patrouillenschiff „Bad Bramstedt“ in Dienst gestellt. Die 66 Meter lange und 16 Millionen Euro teure „Bad Bramstedt“ ist der erste von drei Neubauten. Obwohl künftig von Cuxhaven aus in der Nordsee im Einsatz, ist Neustadt in Holstein, wo das Bundesgrenzschutzamt beheimatet ist, der offizielle Heimathafen des Schiffes. Im Sommer 2003 soll dann die „Bayreuth“ in Dienst gestellt werden, die in Cuxhaven ihren Heimathafen haben wird. Neben der „Bad Bramstedt“ sollen noch zwei weitere, voll seetüchtige Neubauten der 66-Meter-Klasse folgen, eines für die Nordsee und eines für die Ostsee. Gesamtkosten: 46 Millionen Euro. Ausführlich nahm Minister Schily zu Fragen nach Synergieeffekten in einer „Küstenwache“ Stellung. Eine Zusammenlegung der Bundes- und Landeseinheiten, wie BGS, Wasserschutzpolizei, Zoll und Fischereischutz sei zwar keine Frage von morgen und übermorgen, so Schily, dennoch müsse darüber nachgedacht werden, sofern es unter Berücksichtigung der jeweils originären Aufgaben zusammenpasst. (Quelle CN)

Aussetzung eines neuen EG Vogelschutzgebietes westlich des dänischen Wattenmeeres-

Die dänischen Arbeiten für eine Ausweisung eines neuen Vogelschutzgebietes (WN 9/02) ist bis auf weiteres eingestellt worden. Dies beruht auf fehlende, detaillierte Vogeldaten. In Februar/März werden neue Vogelzählungen durchgeführt um zu entscheiden, wo die Grenzen des Schutzgebietes optimal gezogen werden sollen. Vermutlich wird die östliche Grenze bei 12 Seemeilen liegen. Es ist ungewiss, wann ein Anhörungsvorschlag vorliegt. (Quelle JF)

Eine ganze Flotte Großsegler kommt 2004 nach Cuxhaven

Das Nordseeheilbad ist Zielpunkt der "STI Tall Ships' Regatta". Das große Ereignis steigt zwar erst im August 2004 - aber die Zeit der Vorbereitungen ist alles andere als großzügig bemessen. Cuxhaven wird am 15. August 2004 Zielpunkt der "STI Tall Ships' Regatta" sein. Im Mai 2002 ergab sich aus ganz unterschiedlichen Gründen plötzlich die Chance, Zielort der Regatta zu werden, die am 21. Juli 2004 in Antwerpen gestartet wird. Zielort der 1. Etappe ist Aalborg (30. Juli). Von dort geht's eher locker nach Stavanger (2.-7. August), wo am 10. August der Startschuss für die 2. Etappe fällt. Und die endet nun in Cuxhaven. (Quelle CN)

Wattenmeerforum wird mit 1 Million Euro gefördert

Ende 2002 teilte die EU mit, dass die Arbeit im Wattenmeerforum durch das Interreg IIIb Programm mit 1 Million Euro gefördert wird. Fünf Arbeitsgruppen wurden etabliert (Landwirtschaft, Industrie und Hafen, Fischerei, Management und Politik, Energie) und die Vorsitzende dieser Gruppen benannt. Die Aufgabenbereiche für diese Gruppen wurden am 9. Januar auf einem Treffen in Wilhelmshaven festgelegt. In Februar/März 2003 werden die ersten Treffen der Arbeitsgruppen stattfinden. Ihre Aufgabe ist es, unter anderem Vorschläge zu erarbeiten - wie man am besten die wirtschaftlichen Interessen in Übereinstimmung mit den allgemeinen Schutzbestimmungen entwickeln kann. Die Vorschläge werden im Wattenmeerforum diskutiert und beschlossen und sollen dann auf der nächsten Regierungskonferenz (Niederlande 2005) vorgelegt werden. Danach wird entschieden, ob der Wattenmeerplan entsprechend revidiert wird. Das Wattenmeerforum besteht aus ungefähr 40 Repräsentanten der drei Wattenmeerländer und das zweite Treffen findet am 24. und 25. April in Tønder – Dänemark statt. Der Vorsitzende des Forums ist der Landrat der niederländischen Provinz Fryslan - Herr Ed Nijpels. Weitere Vorsitzende sind für die IRWC Herr Jens Andresen, Sønderjyllands Amt und Landrat Herr Dr. Jörn Klimant, Kreis Dithmarschen. Die Trilaterale- und Inter-regionale Wattenmeer Kooperationen werden die Arbeit im Wattenmeerforum gemeinsam durchführen. (Quelle JF)

Weltnaturerbe ja, aber ohne Offshore-Windparks / Wangerooger folgen der Resolution der Ostfriesischen Inseln.

Die Landesregierung hat vor, das Wattenmeer in den Grenzen des Nationalparks als Weltnaturerbe bei der Unesco anzumelden. Dem wollen sich - unter bestimmten Voraussetzungen - auch die Wangerooger nicht verschließen. Der Gemeinderat sprach sich in seiner Sitzung am Freitagabend einstimmig dafür aus, einer Beschlussempfehlung der Bürgermeister und Hauptverwaltungsbeamten der Ostfriesischen Inseln zu folgen. Darin heißt es, die ostfriesischen Inselgemeinden "befürworten eine zeitgleiche und gemeinsame Anmeldung des schleswig-holsteinischen, hamburgischen und niedersächsischen Nationalparks ‚Wattenmeer‘ als Welterbestätte bei der Unesco." Sie erwarten, dass eine Abstimmung mit den Niederlanden und Dänemark erfolgt, um dann das Antragsverfahren zur Anmeldung des gesamten Wattenmeeres in den Niederlanden, Deutschland und Dänemark in den Grenzen von Nationalparks und sonstigen Schutzgebieten einzuleiten. Die Zustimmung setze allerdings voraus, dass in Niedersachsen innerhalb der Zwölf-Seemeilen-Zone keine Nearshore- beziehungsweise Offshore-Windkraftanlagen zugelassen werden. Deshalb müsse auch das Aktionsprogramm des Landes zur Planung von Windparkstandorten auf See überarbeitet werden. Die Inselgemeinden erwarten allerdings auch, dass die Regelungen des Nationalparkgesetzes vom 11. Juli 2001 weder weiter verschärft noch die Natura-2000-Regelungen ausgeweitet oder die Befahrensregelungen im Nationalpark eingeschränkt werden. Darüber hinaus müsse das Ökosystem Wattenmeer vor Beeinträchtigungen durch Offshore-Windkraft und den Gefahren des Schiffsverkehrs geschützt werden. (Quelle jev.wblatt)

Die Umsetzung der Eu-Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle in Dänemark

Die IRWC hatte sich mehrmals und zuletzt auf der Regierungskonferenz der Wattenanrainerstaaten (Esbjerg 2002) geäußert, dass alle Wattenmeerländer das sog. "No Special Fee" System für die Entsorgung von Schiffsabfällen in den Häfen einführen sollte. Die gemeinsame Direktive (2000/59/EF) muss nun von allen EU-Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Eine ähnliche Regelung war bereits von den Ostseeanrainerstaaten freiwillig vorgenommen worden. Mit der dänischen Umsetzung vom 28. September 2002 gilt das "No Special Fee" System für alle Nordsee und Wattenmeer-Häfen in Dänemark - mit einige Ausnahmen. Damit hat Dänemark als erste Wattenmeerland § 56 in der Esbjerg Deklaration erfüllt. (Quelle JF)

Vorläufiger Wirkbetrieb Havariekommando beginnt mit der Arbeit

Ab dem 1. Januar 2003 um 12.00 Uhr hat das Havariekommando in Cuxhaven seinen vorläufigen „Wirkbetrieb“ aufgenommen. Derzeit befindet sich dieses Kommando, dass bei „komplexen Schadenslagen“ auf See die Einsatzleitung übernehmen soll, noch im Aufbau. Es müssen noch weitere technische und personelle Fragen gelöst werden und die Frage der endgültigen Unterbringung ist noch nicht geklärt. Bis zur Übernahme der Einsatzleitung durch das spätere komplette Havariekommando werden Schadenslagen in den vorhandenen Strukturen und nach den bestehenden Einsatzplänen von den zuständigen Stellen des Bundes und der Länder abgearbeitet. (Quelle BMVBW/CN)

Dänische Aufforderung für mehr Flugüberwachung und gemeinsame Katastrophenbereitschaft.

Angesichts der Ölkatastrophe vor der spanischen Nordküste haben die Interessenorganisationen und Umweltverbände im Wattenmeerkuratorium in Dänemark auf einem Treffen am 13. Dezember 2002 beschlossen, sich an dem Dänischen EU-Vorstand zu wenden, um die Durchführung von einer Reihe schon beschlossener Eu-Initiativen bezüglich erhöhte Sicherheit für die Schifffahrt zu beschleunigen. Außerdem übte das Kuratorium Kritik über die fehlenden Aktivitäten der Wattenmeerländer hinsichtlich der Entschließung der letzten Regierungskonferenz in Esbjerg - insbesondere: „dass die intensiviertere, koordinierte Flugüberwachung von der Nordsee/Wattenmeer von 2003 umgesetzt gesetzt wird (§59)“ und: „dass die deutsch-dänischen Vereinbarungen für einen gegenseitigen Beistand und Schlepphilfen bei in Not befindlichen Schiffen in der Nordsee und im Wattenmeer vor Ende 2003 durchgeführt werden (§62)“.Außerdem soll ein Lotszwang für Einhüllenschiffe mit gefährlicher Ladung im und um das Wattenmeer eingeführt werden. Das Kuratorium erklärte unter anderem dass: „Für die Bevölkerung entlang des Wattenmeeres ist es unverständlich und unannehmbar, dass die Regierungen in Dänemark, Deutschland und die Niederlande letztes Jahr beschlossen haben das Wattenmeer als "Besonders Empfindliches Seegebiet" durch die IMO ausweisen zu lassen und damit die globale Bedeutung und Verletzbarkeit des Gebietes hervorzuheben - und gleichzeitig erlebt man eine fehlende politische Tatkraft der o.a. Beschlüsse. Es scheint insbesondere unverständlich, dass

die dänische Regierung keine Initiative ergriffen hat, um eine Vereinbarung über gegenseitige Hilfe bezüglich Schiffsunfälle - ähnlich der schon existierenden Vereinbarung zwischen Deutschland und den Niederlanden" - zu erreichen. (Quelle JF)

Offshore Windpark Butendiek erhält Genehmigung / Trittin kündigt Novellierung des Energie-Gesetzes an

Der Buergerwindpark Butendiek soll rund 35 Kilometer westlich vor Sylt entstehen. Butendiek will spätestens 2006 mit 80 Windkraftanlagen zu jeweils 3 MW Nennleistung ans Stromnetz gehen. Das Investitionsvolumen liegt bei ca. 400 Mio. Euro. Spätestens im Jahr 2006 soll der Bau abgeschlossen sein und Offshore-Strom ins Netz eingespeist werden.

Die finanzielle Förderung für Strom aus erneuerbaren Energien soll nach Worten von Umweltminister Jürgen Trittin „neu justiert“ werden. Deshalb plane die Bundesregierung eine Novelle des Erneuerbare Energien-Gesetzes (EEG). Das Grundprinzip der Förderung über eine von allen Stromkunden finanzierte Umlage verteidigte Trittin aber. Der Minister bekräftigte das Ziel der Bundesregierung, den Anteil erneuerbarer Energien bis 2010 zu verdoppeln. Derzeit kämen acht Prozent des verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Quellen. Dazu zählen Wind, Sonne, Biomasse, Erdwärme und Wasserkraft. Durch die Förderung über das EEG seien beim Bau von Windkraftanlagen 60 000 bis 70 000 qualifizierte Arbeitsplätze entstanden. Bei der anstehenden Novelle des Gesetzes sollen nach Angaben von Trittins Ministerium die Vergütungen für Windkraftanlagen weiter „differenziert“ werden, um eine „Überförderung“ zu verhindern. Denn an windreichen Standorten wie der Küste werden nach Einschätzung von Fachleuten mit den staatlich festgesetzten Mindestpreisen für den produzierten Strom gute Geschäfte gemacht, während sich Windmühlen im windärmeren Binnenland schlechter rechnen. Die Novelle soll zudem den Bau von Windparks auf hoher See fördern. Wann die Eckpunkte für die Novelle veröffentlicht werden, ist den Angaben zufolge noch nicht klar. Der CDU-Energiepolitiker Klaus Lippold hielt Trittin entgegen, dass das EEG auf eine massive Subvention der Windkraft hinauslaufe und die Arbeitsplätze somit nicht wettbewerbsfähig seien. Die Überförderung müsse abgebaut werden, forderte er und warf Trittin vor, zu stark auf erneuerbare Energien zu hoffen. Vielmehr müssten fossile Brennstoff künftig viel effizienter, und Atomkraft müsse weiter genutzt werden. Lippold forderte, die klimafreundliche Modernisierung von Altbauten mit Steuervorteilen zu fördern. Dies würde einen „beispiellosen Investitionsschub“ bringen. (Quelle NWZ)

Kein EU-Untersuchungsausschuss zur Prestige-Katastrophe

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben mit knapper Mehrheit (222:228:6 Stimmen) einen Änderungsantrag der SPE-, der GRÜNE/EFA- und der KVEL/NGL-Fraktion abgelehnt, in dem die Einrichtung eines nichtständigen Untersuchungsausschusses über die Gründe und Folgen der Katastrophe der Prestige gefordert wurde. Stattdessen verweisen die Abgeordneten auf eine frühere Forderung nach einer Untersuchung der „Prestige“-Katastrophe und der Sicherheit im Seeverkehr. Sie fordern die Kommission auf, dem Rat und dem EP die Ergebnisse zu übermitteln, sobald diese vorliegen. Das Ergebnis soll dann in den zuständigen Ausschüssen des Parlaments im Rahmen einer Anhörung bewertet werden.

Die Abgeordneten forderten weiterhin die Einrichtung einer europäischen Küstenwache, die mit den Schifffahrtslotsen kooperiert, sowie einer europäischen Zivilschutztruppe. Letztere soll sowohl mit nationalen als auch europäischen Stellen zusammenarbeiten, um auf Herausforderungen bei Industrie- oder Naturkatastrophen reagieren zu können.

Der Rat soll einen Fonds zur Entschädigung bei Ölverschmutzungen in europäischen Gewässern schaffen und die Kommission die Inanspruchnahme von Finanzinstrumenten prüfen, um die Folgen der Prestige-Havarie zu beseitigen. Die Mitgliedstaaten sollen verpflichtet werden, "Schiffe in Not" aufzunehmen. Die Kommission soll entsprechende Rechtsvorschriften überprüfen, um ein obligatorisches System der Aufnahme in den Häfen vorzubereiten.

Die Abgeordneten erinnern an die Verpflichtung des Rates und der Kommission, die Ausmusterung von "Einhüllen-Öltankern" zu beschleunigen und den Transport von Schweröl mittels dieser Schiffe für alle europäische Häfen zu verbieten. Sie fordern das Verbot von Billigflaggen in den Hoheitsgewässern der EU und bedauern die von Anfang an fehlenden Mittel und unzureichende Koordinierung bei der Katastrophe. (Quelle envi-press@europarl.eu.int)

Gigantische Seewindmühlen auf land

In der Marsch bei Tjæreborg - östlich von Esbjerg in Dänemark hat man vier Versuchswindmühlen etabliert, diese sollen zu einer neuen Generation von Seewindmühlen entwickelt werden. Bei voller Kapazität wird jede Mühle 2,75 MW produzieren - dies entspricht der Stromverbrauch von 7000 Haushalte für 1 Jahr. Zum Vergleich leisten die Seewindmühlen bei Horns Rev 2 MW. (Quelle JF)

Sanierung der Columbuskaje geht zügig voran / Bremerhaven setzt auf Kreuzfahrt-Geschäft

Die Sanierung und der Umbau des Kreuzfahrt-Terminals in Bremerhaven gehen weiter zügig voran. Die Arbeiten im Nordflügel und im Nordkopf liegen im Zeitplan. Sie sollen termingerecht bis Ende April 2003 abgeschlossen sein. Für das erste Mai-Weekend ist die Einweihung der modernisierten Columbuskaje geplant. Mit dem Besuch der „Maxim Gorki“, die kurz vor Weihnachten zu einer Reise nach Südamerika ablegte, ist die Kreuzfahrtsaison 2002 erfolgreich beendet worden. In der Seestadt wurden in diesem Jahr über 50 Kreuzfahrtschiffe mit rund 54 000 Passagieren abgefertigt. Für 2003 liegen bisher 59 Schiffsanmeldungen vor. Im kommenden Jahr werden an der Columbuskaje über 60 000 Passagiere erwartet. Die Reederei Hapag-Lloyd hat ihre Schiffe für die Saison 2004 avisiert. (Quelle NWZ)

„Watt'-Neues“ wünscht Ihnen alle Gute für 2003.

Die Inter-Regionale Wattenmeer Kooperation IRWC ist eine Kooperation des Bundeslandes Schleswig-Holstein mit den Landkreisen Dithmarschen und Nordfriesland und den Dänischen und Niederländischen Wattenmeer Regionen. Die SDN wurde 1973 von Küstenkreisen und Kommunen gegründet und möchte die Nordsee, das Wattenmeer und angrenzende Küstenregionen schützen und die Eigenheiten und Schönheiten erhalten.

Texte „Watt'-Neues“: Hans von Wecheln, ICT D/NF u. Vorstandssprecher SDN